Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/3136

29. 11. 95

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zur Friedensvereinbarung in Bosnien

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Ergebnis der Friedensverhandlungen in Dayton bietet die Chance eines Friedens in Bosnien-Herzegowina und der Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge. Der Wiederaufbau des zerstörten Landes und ein friedliches Zusammenleben der Menschen werden jedoch eines jahrelangen Prozesses und der Hilfe von außen bedürfen. Nicht zuletzt die europäischen Nachbarn sind hier gefordert, diesen Prozeß mit Geduld und Engagement zu unterstützen. Dazu gehört das Bewußtsein der Risiken eines Scheiterns des Friedensprozesses und der Gefahr neuerlicher gewaltsamer Auseinandersetzungen.

Die Stabilisierung des Friedensprozesses in Bosnien-Herzegowina darf nicht durch die vorschnelle Rückführung der hier lebenden Flüchtlinge belastet werden. Zunächst muß sich das Friedensabkommen von Dayton in der Praxis bewähren. Die Rückkehr der Flüchtlinge soll sich auf Vorschlag des UNHCR deshalb vorerst auf diejenigen beschränken, die innerhalb der Kiegsgebiete im ehemaligen Jugoslawien unter teilweise dramatischen Umständen untergebracht sind, wodurch die Umsetzung des Verhandlungsergebnisses unmittelbar betroffen und belastet ist. Die derzeit außerhalb des ehemaligen Jugoslawien lebenden Flüchtlinge müssen bleiben können, bis eine Rückkehr in Sicherheit und in menschenwürdige Lebensbedingungen möglich wird. Die betroffenen Flüchtlinge hier dürfen nicht durch unüberlegte Forderungen wie der des bayerischen Innenministers Beckstein nach einer überstürzten Rückkehr in Unsicherheit gestürzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Behörden in allen Gebieten Bosnien-Herzegowinas und den internationalen Hilfsorganisationen die Sicherheit zu geben, daß der Aufbau eines friedlichen Bosniens nicht zu Beginn durch die Rückführung großer Flüchtlingsgruppen belastet wird,

2. entsprechend dem Stufenplan des UNHCR über die Rückführung der Flüchtlinge von einer Rückführung vor 1998 abzusehen.

Bonn, den 29. November 1995

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333